

Inhalt:	
Sartorius.....	2
Kurzarbeit.....	3
Hartz IV.....	4
Karstadt.....	7
Uni-Klinikum.....	8
DGB-Umzug.....	9
Wirtschaftskrise.....	10

Mahr:

Dunkle Wolken über den Leinewiesen

Nicht nur das Wetter der vergangenen Wochen sorgte für dunkle Wolken über den Leinewiesen im Süden Göttingens. Auch beim Göttinger Messgerätehersteller Mahr (ehemals Feinprüf) ist die Stimmung gedrückt. Seit März müssen die meisten der ca. 750 KollegInnen bei Mahr Kurzarbeit machen, sie blieben in einem Monat sogar die Hälfte der Zeit zu Hause.

Der Grund liegt nicht in den anstehenden Gartenarbeiten oder dem vorgezogenen Sommerurlaub – Grund für die unfreiwillige Auszeit ist die beschissene Auftragslage. Wenn man auf die Webseite von Mahr guckt, dann verspricht eine Presserklärung: „Wir spüren eine Aufbruchsstimmung“. Aber das ist wohl nur das berühmte Pfeifen im Walde. Tatsächlich sind die Aufträge um 50% zurückgegangen. Und dafür müssen die KollegInnen nicht nur mit Einkommensverlusten durch Kurzarbeit büßen. Längst ist auch die bereits vereinbarte Tarifierhöhung von 2,1%, die ab Mai kommen sollte, auf den Dezember verschoben. Das ist nach dem Tarifvertrag mit der IG Metall für den Fall vorgesehen, dass die wirtschaftliche Lage sich drastisch verschlechtert – eine Tatsache, die im Moment leider niemand bestreiten kann.

Die Bilanzen der Jahre 2005 bis 2007 sahen für Mahr erst einmal ganz gut aus. Der Konzernumsatz stieg von 147 Millionen auf 168 Mio. und 2007 sogar auf 180 Mio. Euro. 2007 war die Firma mit 5,3 Millionen Gewinn in ruhigerem Fahrwasser. In den Jahren zuvor war das Ergebnis durch den Zukauf der Firma Federal in den USA und später durch den Kauf der Firma Helios in Dörzbach belastet worden. Der positive Umsatz- und Gewinntrend war in diesen Jahren aller-

dings begleitet mit einer stetig steigenden Verschuldung von 24 Mio. Euro in 2005 auf fast 34 Mio. in 2007 – entsprechend stieg auch die Kostenbelastung durch Zinsen deutlich an.

KONJUNKTURDELLE ...

Für 2008 hat Mahr noch keine Zahlen veröffentlicht, aber man darf wohl vermuten, dass das Geschäft letztes Jahr noch recht gut gelaufen ist. Für 2009 dürfte bereits mit einem leichten Dämpfer gerechnet worden sein, denn die Umsätze

die Geschäftszahlen, dass bei solch einem Umsatzrückgang sicherlich Verluste geschrieben werden. Entsprechend härter werden die Forderungen gegenüber den KollegInnen. So wurde die erste Rate des 13. Monatsgehalts im Mai nur zum Teil ausbezahlt – den Rest haben die KollegInnen der Firma gestundet. Inzwischen fürchten viele mit Blick auf die Umsatzzahlen, dass das Geld womöglich ganz weg sein könnte. Und es kommt noch schlimmer, denn die Geschäftsleitung fordert weitere Einsparungen beim Personal in der Größenordnung von 3 bis 4 Millionen Euro – das sind noch einmal 4.000 Euro pro Nase (wenn man es gleichmäßig verteilt). Weitere Kurzarbeit in diesem Jahr ist bereits vereinbart und auch im nächsten Jahr scheint es nicht ohne Kurzarbeit zu gehen.

KEINE ENTLASSUNGEN

Entlassungen will die Geschäftsleitung aber vermeiden. Zwar wurden bei Mahr Federal in Providence, USA angeblich bereits KollegInnen nach Hause geschickt, in Göttingen ist an Personalmaßnahmen nicht gedacht – lediglich KollegInnen, die wegen Rente oder eigener Kündigung die Firma verlassen, sollen nicht ersetzt werden. Das Management will sich ein zukünftiges Wachstum nicht verbauen. Wenn die Fachkräfte erst einmal weg wären, könnte man sie wahrscheinlich nicht so einfach zurück holen. Und wenn man keine Regenrinnen sondern hochpräzise Messgeräte baut, dann sind qualifizierte KollegInnen nun mal die Grundvoraussetzung für den Erfolg. Auch bei der Übernahme der Auszubildenden will das Management Wort halten und die Ausgelernten übernehmen.



Foto: Mahr, Montage: GBE

macht Mahr im Maschinenbau und in der Automobilindustrie. Der Verkauf der hochpräzisen Messwerkzeuge für die Messung der Oberflächenqualität in der Autoindustrie macht allein schon 60% des Umsatzes aus. Beide Branchen haben 2008 bereits deutliche Konjunkturdellen gezeigt. Der Umsatzeinbruch in diesem Jahr ist in dieser Heftigkeit für Mahr aber offensichtlich überraschend gekommen.

... ODER TAL DER TRÄNEN?

Noch hoffen die Geschäftsführer Keidel und Gais, dass sich die Situation für Mahr schnell wieder ändert. Allerdings zeigt schon ein oberflächlicher Blick auf

WEITSICHT

Bei so viel Weitsicht der Geschäftsleitung fragt man sich, was Betriebsrat und IG Metall da eigentlich noch fordern können. Für die Wirtschaftskrise, die Unternehmen wie Mahr mit einem Exportanteil von 60% jetzt voll erwischt, kann man ja wohl nicht das Management eines mittelständischen Betriebes in Göttingen verantwortlich machen. Bereits in der Vergangenheit hat die Geschäftsleitung ge-

zeigt, dass sie offen ist für ungewöhnliche Lösungen. Im Jahr 2004 hat es schon einmal eine Arbeitszeitabsenkung um ein bis drei Stunden pro Woche gegeben. Dass damals die niedrigen Einkommen geringer belastet wurden, war sicherlich eine gute Idee. Aber die vernünftigen Lösungen damals waren auch nur nach harten Auseinandersetzungen zwischen KollegInnen und Geschäftsleitung möglich.

Womit die Frage von oben eigentlich beantwortet ist: Wenn die Forderungen der KollegInnen nach sicheren Arbeitsplätzen sich mit den Vorstellungen der Geschäftsleitung decken, dann ist das ein glücklicher Umstand, der vielleicht harte Auseinandersetzungen in der jetzigen Krise überflüssig macht. – Und den man vielleicht der Tatsache zu verdanken hat, dass man in der Vergangenheit Auseinandersetzungen nicht gescheut hat.

Sartorius:

Total verzockt?

Seit Jahren schien es so, als könne es bei Sartorius in Göttingen nur bergauf gehen. So jedenfalls der Eindruck, der beim Lesen der offiziellen Presseverlautbarungen entstand. Aber mit Einsatz der Finanzkrise in den USA scheint der Dauererfolg bei Sartorius vorbei zu sein. Mit Jahresabschluss 2008 zeigten sich erste Risse in der jahrelangen Erfolgsstory. In der Sparte Biotechnik sank der Umsatz um ca. 2,6%, in der Sparte Mechatronik konnte der Umsatz gehalten werden – vor allem im letzten Quartal 2008 zeigten sich aber Einbrüche bei Umsatz und Auftragseingang. Der Gewinn vor Steuern und Zinsen ging in beiden Sparten um ca. 20% zurück.

Insgesamt wird im Jahresbericht der systematische Umbau der Firma von einem auf Deutschland zentrierten Hersteller von Labor- und Industriewaagen zu einem weltweit operierenden Hersteller von Filtern und sonstigem Verbrauchsmaterial für die Pharmaindustrie deutlich. Der Umsatz der Biosparte ist durch den Zukauf der französischen Firma Stedim deutlich gewachsen. Außerdem wurde im letzten Jahr auch die Schweizer Firma Wave Biotech AG für 8 Millionen Euro gekauft.

In der Sparte Mechatronik scheint die Geschäftsführung dagegen auf systematische Deinvestition zu setzen. Zuletzt wurde im Jahr 2007 die Gleitlagertochter Sartorius Bearing für 16 Millionen Euro an den britischen John Crane-Konzern verhökert.

ES GEHT AUCH BESSER ...

Anscheinend hatte diese Tochterfirma bei dem neuen Besitzer bessere Bedingungen als bei Sartorius. Es wurde in Maschinen investiert und es wurden neue KollegInnen eingestellt. Der Umsatz entwickelte sich positiv und bis jetzt hat das ehemalige 'Gleitlager' die Wirtschaftskrise nicht so richtig zu spüren bekommen. Da fragt sich der unbeteiligte Beobachter schon, ob das Tochterunternehmen nicht auch weiterhin gut zu Sartorius gepasst hätte, da es offensichtlich mehr an der Konjunktur für langfristige

Investitionsgüter hängt – und damit die Abhängigkeit der Mechatronik von kurzfristigen Investitionen im Moment etwas mildern würde. Aber dazu hätte das Management natürlich auch Geld in die Hand nehmen müssen, um die Produktionskapazitäten zu erhöhen.

WO SIND DIE MILLIONEN?

Die Millionen für den Kaufpreis sind jedenfalls erst einmal verschwunden. Investiert wurde in der Mechatronik nur geringfügig. Unter den KollegInnen kursiert das Gerücht, dass mit dem Verkaufserlös des Gleitlagers die neuen Ziehmaschinen für die Biotechnologie finanziert werden. Es ist aber auch gut möglich, dass das Geld in dem Kauf der Wave Biotech verschwunden ist, denn der Jahresbericht spricht geheimnisvoll davon, dass die um 32 Millionen höhere Verschuldung des Konzerns unter anderem auf diesen Zukauf zurückzuführen ist. Darüber hinaus hat sich der Vorstand beim Kauf der Firma Stedim verzockt: im Vertrauen auf einen stets steigenden Aktienkurs hatte Sartorius einen hohen Kurs der Aktie im Jahr 2009 garantiert. Seitdem ist der Kurs aber um mehr als die Hälfte gefallen. So werden jetzt Mitte des Jahres voraussichtlich über 100 Millionen Euro fällig werden. Das Geld der Mechatronik ist also wohl im großen Finanzkrisenloch verschwunden. Frei nach dem Motto: was Porsche und Schaeffler können, das können wir schon lange.

KURZARBEIT

Bereits Ende letzten Jahres wurden die KollegInnen der Mechatronik auf eine beginnende Rezession eingestimmt. So richtig angekommen ist die Nachricht allerdings erst, als dann ab Januar 2009 plötzlich 20% Kurzarbeit angesagt war. Zusätzlich sind alle Leiharbeiter entlassen worden und befristete Arbeitsverträge wurden nicht verlängert. Auf diese Weise haben bereits ca 40 KollegInnen keinen Arbeitsplatz bei Sartorius mehr. Da der Umsatz in der Mechatroniksparte aber im ersten Quartal um über 15% zurückging, blieb unter dem Strich trotzdem über: es wurde ein Verlust von 2,6

Millionen Euro eingefahren. Dass die Biotechnologie im gleichen Zeitraum über 12 Millionen Gewinn geschrieben hat, ist zwar die gute Nachricht im Quartalsbericht, denn es sichert dem Konzern das Überleben. Allerdings braucht man kein Prophet zu sein um sich auszumalen, dass der Vorstand sich eine Sparte, die Verluste produziert, nicht lange ansehen wird.

SCHOCK

So war es zwar nicht völlig unerwartet, aber trotzdem für die meisten KollegInnen ein Schock, als der Vorstandschef Kreuzburg auf der Hauptversammlung verkündete, dass in der Mechatronik weltweit ca. 25 Millionen Kosten eingespart werden sollen, davon 20 Millionen Personalkosten.

Es ist ja bekannt, dass Managern in wirtschaftlich schlechten Zeiten immer als erstes einfällt, Leute zu entlassen. Aber dass in diesem Ausmaß Personalkosten gekürzt werden sollen und kaum andere Kosten, lässt sich wohl nur damit erklären, dass Manager immer der Meinung sind, dass sie aufgrund ihrer überragenden Fähigkeiten alle Kostenpositionen im Griff haben – bis auf die Personalkosten, die sich durch das finstere Wirken der Gewerkschaften stets und ständig erhöhen. Es kann allerdings auch sein, dass die momentane Krisensituation wie schon so oft genutzt wird, um die Dauerschrauben für die KollegInnen wieder kräftig anzuziehen. Für den Vorstand geht es dabei um viel: obwohl die Vorstände in 2008 jeweils 40.000 Euro mehr Fixgehalt hatten als im Jahr zuvor, sank das Einkommen des Vorstandsvorsitzenden Kreuzburg auf schlappe 789.000 Euro, lediglich die Nummer 2 im Vorstand, Herr Maaz konnte sich mit 573.000 Euro über eine Erhöhung von 15% freuen. Um nicht in den nächsten Jahren mit deutlich niedrigerem Einkommen dazusitzen zu müssen, kommen die beiden gar nicht um eine Kürzung der Personalkosten herum.

UNKLARE SITUATION

Erst letzte Woche hat der Vorstand auf

der Betriebsversammlung durchblicken lassen, wie er sich die Kürzung der Personalkosten vorstellt. Möglichst bald sollen 100 KollegInnen zu 100% in Kurzarbeit geschickt werden – zusätzlich zu den ca. 60 Leiharbeitern und Befristeten, die Sartorius bereits verlassen haben. Bis jetzt hat der Vorstand aber nicht verkündet, wie er diesen Abbau bewerkstelligen will. Im Jahr 2002 mussten ca. 80 KollegInnen (von damals 1.500) gehen. Jetzt sind es 160 Arbeitsplätze von ca. 800. Es ist unklar, wie die Firma mit solch einem Exodus fertig werden soll. Die von Kreuzburg in den Jahren 2000 bis 2002 für alle deutschen Standorte verkündete Radikalkur hat ja auch keine dauerhafte Veränderung der Gewinnsituation gebracht. Es ist kein Grund erkennbar, warum eine solche Kur heute besser wirken soll, nur weil sie noch radikaler ist.

Der Betriebsrat und die IG Metall haben verschiedene Gegenvorschläge gemacht. So ist die Tarifierhöhung von 2,1% auf den 1. Dezember verschoben worden – wie übrigens in fast der Hälfte der Metallbetriebe in der Region. Außerdem wird darüber verhandelt, einen Teil des Gehaltes zu variabilisieren – was in der Produktion allerdings schon seit längerem in Form von Prämien der Fall ist. Solche Gehaltsvariablen sind in Krisenzeiten faktisch ein Lohnverzicht.

KURZARBEIT ALS RETTUNG

Nach Meinung des Betriebsrates soll die Kurzarbeit für alle so lange, wie es geht,

genutzt werden. Die Geschäftsführung möchte in der momentanen Situation stattdessen so viele KollegInnen wie möglich sofort loswerden. Das ist dumm, denn die staatlichen Erleichterungen, die im Rahmen der Konjunkturpakete beschlossen wurden, machen Kurzarbeit für die Firmen zu einem Sonderangebot. Sie können sich flexibel und fast zum Nulltarif aller nicht gebrauchten Arbeits-

zeitlich begrenzt ist und das insbesondere in der Regierung niemand so laut sagen möchte.

DOCH ENTLASSUNGEN?

Darüber hinaus sind auf der Betriebsversammlung vor einer Woche weitere Möglichkeiten vorgestellt worden, die aber faktisch auf eine Entlassung hinauslaufen: freiwilliges Ausscheiden mit Abfindung, freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit usw. Es bleibt aber unklar, woher die ganzen Freiwilligen nehmen, die da Arbeitsplatz-Harakiri betreiben „wollen sollen“. Denn noch gilt für SartorianerInnen mit IG-Metall-Ausweis ein Standortsicherungs-Tarifvertrag mit einer Kündigungsschutzklausel. Und die IG Metall scheint im Moment nicht gewillt zu sein, diesen einfach aufzugeben. Sie besteht auf einer Gesamtlösung, die den Göttinger Produktionsstandort durch langfristige Investitionen wieder konkurrenzfähig macht und das Interesse der KollegInnen an einem sicheren Arbeitsplatz berücksichtigt. Zu wünschen ist den KollegInnen, dass das klappt. Aber es ist sehr wahrscheinlich, dass sie für eine solche Lösung auch bereit sein müssen, auf die Straße zu gehen, denn umsonst ist nur



kraft entledigen. Und da die KollegInnen ja in der Firma bleiben, kann die Arbeitszeit jederzeit wieder ausgeweitet werden, wenn die Konjunktur wieder anzieht. Für die KollegInnen ist diese Lösung auch nicht die schlechteste: das Arbeitsamt sorgt für einen teilweisen Ausgleich des Einkommensverlustes. Eigentlich ist Kurzarbeit die schon lange geforderte Arbeitszeitverkürzung (leider nur mit teilweisem Lohnausgleich), nur dass sie

kraft entledigen. Und da die KollegInnen ja in der Firma bleiben, kann die Arbeitszeit jederzeit wieder ausgeweitet werden, wenn die Konjunktur wieder anzieht. Für die KollegInnen ist diese Lösung auch nicht die schlechteste: das Arbeitsamt sorgt für einen teilweisen Ausgleich des Einkommensverlustes. Eigentlich ist Kurzarbeit die schon lange geforderte Arbeitszeitverkürzung (leider nur mit teilweisem Lohnausgleich), nur dass sie

Kurzarbeit:

Arbeitest du noch oder KUGelst du schon?

Innerhalb kürzester Zeit hat sich ein neuer Megatrend etabliert in der deutschen Wirtschaft: das KUGeln. Dabei geht es nicht um das branntweinselige Rumwerfen von Holzkugeln in der Feldmark (das heißt nämlich Boßeln). Stattdessen geht es um Kurzarbeit. In vielen Betrieben hat die Wirtschaftskrise zu einem massiven Rückgang der Aufträge geführt, so dass die KollegInnen mehr oder weniger lange zu Hause bleiben. Für die anteilige Teil Arbeitslosigkeit bekommen die KollegInnen dann Kurzarbeitergeld (KUG) in Höhe von 60% bzw. 67% (mit Kindern) des Bruttogehaltsverlustes.

Schon Ende letzten Jahres hat die Bundesregierung begonnen, mit massiven Kampagnen für Kurzarbeit zu werben. Sie wollte so verhindern, dass es zu panischen Entlassungen und damit zu einem völligen Zusammenbruch der Wirtschaft kommt. Denn seit Beginn der Wirtschaftskrise dräut das Gespenst der großen Weltwirtschaftskrise 1929, aus

der das europäische Kapital sich mit Kriegswirtschaft und letztlich dem Zweiten Weltkrieg befreit hat.

Die Bundesregierung hat Anfang des Jahres mehrmals die Gesetze geändert, um Kurzarbeit für Unternehmen noch attraktiver zu gestalten. Die maximale Dauer der Kurzarbeit wurde inzwischen auf 2 Jahre verlängert, außerdem brauchen Unternehmen nach 6 Monaten keine Sozialversicherungsbeiträge für die ausgefallene Arbeit entrichten. Die Arbeitsämter, ähh sorry: Arbeitsagenturen, sind äußerst großzügig bei der Genehmigung von KUG. Auch in der Region Göttingen nehmen viele Betriebe dieses Sonderangebot wahr. Wir berichten in dieser Zeitung z.B. über Mahr und Sartorius, aber Novelis, Piller, Isco, Metallumform, ABB, Linos und viele andere sind auch dabei. Allein im Bereich der IG-Metall-Verwaltungsstelle sind über 7.000 KollegInnen betroffen – im Schnitt mit 50% Reduktion.

In einigen Betrieben wird auch gar nicht gearbeitet. Diese „Kurzarbeit 0“ hat einstens bei der Abwicklung der DDR-Industrie Berühmtheit erlangt. Von Seiten der Arbeitsagentur gibt es diverse Programme, um die KollegInnen dann für andere Arbeitsplätze im Betrieb zu qualifizieren. Diese Fortbildungsmöglichkeiten werden von den Betrieben zur Zeit kaum genutzt. Eine bessere Qualifikation der KollegInnen kommt im betriebswirtschaftlichen Zahlenwerk nicht vor. Wozu das gut ist, scheint sich außerhalb der Vorstellungswelt des Durchschnitts-Managers zu bewegen. So verkommt Kurzarbeit zum Sparprogramm für in Not geratene Betriebe.

Im besten Fall ist Kurzarbeit dann so etwas wie die in dieser Zeitung oft geforderte Arbeitszeitverkürzung – hier mit Teillohnausgleich – wie z.B. bei Mahr. Im ungünstigsten Fall nutzen Firmen die „Kurzarbeit 0“, um sofort KollegInnen rauszuschmeißen – wie z.B. bei Sartori-

us. Das nützt den KollegInnen überhaupt nichts, wenn man mal davon absieht, dass sie faktisch einen verlängerten Bezug von Arbeitslosengeld haben.

Der aktuelle Mangel an industriellen Arbeitsplätzen bringt die Verkürzung der Wochenarbeitszeit wieder auf die Tagesordnung. Natürlich ist der Einkommensverlust in der Kurzarbeit schmerzlich für die KollegInnen; das wäre er auch bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Denn „mit vollem Lohnausgleich“ ist angesichts der derzeitigen Mobilisierungs-

bereitschaft wohl ein wenig unrealistisch. Aber so ein bisschen KUGeln, das gefällt vielen KollegInnen – zumal jetzt im Sommer, wenn die Sonne durch die Fenster in die Werkshalle lacht. Auf jeden Fall sollten wir nicht die Flinte ins Korn werfen, weil die Situation jetzt so ungünstig ist. Die ist nämlich für die Kapitalseite auch nicht gerade bequem.

Die Gewerkschaften haben sich in der Krise positioniert, allerdings äußerst verhalten. Die IG Metall fordert z.B. „keine Entlassungen in 2009“ - soll das heißen,

dass Entlassungen in 2010 in Ordnung sind? Wir KollegInnen inner- und außerhalb der Gewerkschaften müssen uns jetzt aufstellen, um das zu verhindern. Wenn die KollegInnen im traditionell nicht gerade kampfstarken Einzelhandel wie bei Karstadt (allerdings von der Geschäftsleitung ermutigt) Aktionstage hinkriegen, dann sollte das in den kampfstarken industriellen Betrieben auch möglich sein – auch ohne drohende Insolvenz.

Hartz IV:

Wer bettelt, lebt gefährlich

Das trifft sowieso zu, aber in Göttingen hatte selbige Erkenntnis in diesem Frühjahr eine ganz besondere Note. Die Stadt Göttingen schaffte es damit mal wieder in die bundesweiten Schlagzeilen. Leider nicht in positiver Hinsicht. Es gab einen Proteststurm gegen einen wahrlich delikaten Vorgang.

Ein Mitarbeiter des Jobcenters Göttingen hatte zufällig (so wird behauptet) zwei Mal einen Hartz-IV-Beziehenden beim Betteln vor einem Supermarkt angetroffen und einmal 6 Euro und einmal 1,40 Euro in dessen Hut gezählt. Da es wohl der direkte Leistungssachbearbeiter des Bettlers war, kürzte er ohne Rücksprache mit dem Betroffenen dessen Leistungen für die Folge Monate um 120 Euro! Wer sich jetzt irritiert an den Kopf fasst und fragt, wieso 120 Euro?, dem wird folgende Antwort gegeben. Der Herr Sachbearbeiter hat sich hingesetzt und die wahrscheinlichen monatlichen Durchschnittseinnahmen dieses Bettlers hochgerechnet. Nach welchem mathematischen Verfahren, das haben wir nie erfahren. Es gab dann eine schriftliche Nachricht an den Betroffenen und damit hätte es nach Amtsseele sein korrektes Bewenden gehabt.

BUNDESWEITE PROTESTE....

Der Betroffene aber tat das einzig Richtige: er wendete sich an die Öffentlichkeit. Mit einem Bericht des unabhängigen online-Stadtmagazins www.goest.de kam die Sache ins Rollen. Als nächstes berichtete das Göttinger Tageblatt sehr wohlwollend im Sinne des Bettelnden. In

wenigen Tagen hagelte es offene Briefe, kritische Berichterstattung in fast allen bundesweiten Medien ging auf Göttingen hernieder. Die Sozialdezernentin der Stadt, Frau Dr. Schlapheit-Beck (SPD), äußerte sich zunächst nicht; der Oberbürgermeister Wolfgang Meyer (SPD) auch nicht. Nur der Stadtsprecher Detlef Johannson gab den Medien die Auskunft, dass dieses Verfahren rechtens und alles in Ordnung sei. Er gab auch



zu, dass in zwei oder drei weiteren Fällen ähnlich gehandelt wurde. Bei strenger Auslegung des Sozialgesetzbuches II (jenes Gesetz, dass das Vorgehen in Sachen Arbeitslosengeld II alias Hartz IV regelt) sind Einkünfte, die durch Betteln eingenommen werden, als anrechenbares Einkommen anzusehen. Das SGB II unterscheidet zwischen Erwerbseinkommen und sonstigem Einkommen. Das Maß der Empörung war erheblich. Dass sich der Göttinger Bundestagskandidat der Partei DieLinke, Gerd Nier, deutlich

dazu äußerte (auch zu dem Schweigen der Sozialdezernentin) ist so richtig wie klar. Aber aufgemerkt. Die schärfsten Töne kamen aus der Partei von Sozialdezernentin Schlapheit-Beck und Oberbürgermeister Meyer, der SPD Göttingen. Das Tageblatt vom 30.3.2009 zitiert den Fraktionsvorsitzenden der Stadt-SPD, Tom Wedrins und den sozialpolitischen Sprecher der Fraktion, Frank-Peter Arndt u. a. so: „Dies ist ein schwerer Schaden für die Mitmenschlichkeit in unserer Stadt.“ und das Vorgehen sei „menschenunwürdig“, die Kürzungen müssten „komplett“ zurückgenommen werden. Weiter: „In der Wirtschaftskrise sind Milliarden für die Banken da, die Gier der Banker nach Boni ist schier ungebroschen, in Göttingen aber zählt das Sozialamt das Geld in den Bettlerhüten. Peinlicher und unwürdiger geht es nicht mehr.“ Die SPD beantragte eine Sonder-sitzung des Sozialausschusses der Stadt. Als sich dann auch noch die SPD-Landtagsabgeordnete Gabriele Andretta zu Wort meldete und ebenfalls forderte, diesen Bescheid des Amtes umgehend zurückzunehmen und von beschämenden Vorgängen sprach, hatte die SPD Göttingen einen gepflegten Wohnungsbrand. Der nordrhein-westfälische Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) wurde in der Rheinischen Post aus Düsseldorf zitiert: „Die haben wohl zu viel Personal.“ Nun ja, Herr Laumann ist allerdings in der Vergangenheit auch nicht gerade als Wohltäter der Armen aufgefallen. Aber so ist das im wahren Leben: wer den Schaden hat, braucht sich um den Spott keine Sorgen mehr zu machen.

Eine bemerkenswerte Kommentierung brachte die Volksstimme in Magdeburg zusammen (das Zitat fanden wir im GT, alle Achtung!): „Es ist die Behörde, die das Betteln offenbar als regelmäßiges Einkommen ansieht. So trifft den Bettler mit dem meist geringen Selbstwertgefühl auch noch die Demütigung von Amts wegen.“

Die Junge Union Göttingen forderte dann

gar den Rücktritt der Sozialdezernentin. Vor allem wohl, weil diese sich nicht gleich geäußert hatte. Nun ja, es ist Wahlkampfjahr.

...UND ES WIRD ZURÜCK GERUDERT

Es dauerte nur ein, zwei Tage, dann begann die Ausübung einer bekannten Sportart auch hier wieder mal zu greifen: wir rudern, und zwar zurück.

Der Oberbürgermeister teilte mit, dass die Stadt Göttingen ab sofort „Zuwendungen aus Bettelei“ nicht mehr auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch anwende, also anrechne. Eine „kurzfristig eingeleitete interne Prüfung“ habe dieses Ergebnis gehabt. Aus „Einkommen“ wurde „Zuwendungen“. Alle Bescheide würden geändert. Er sehe zwar, dass bei strenger Auslegung des SGB diese Einkünfte schon als Einkommen gewertet werden könnten, aber die Stadt Göttingen wolle so nicht verfahren. Dabei kam dann heraus, dass es kein Einzelfall war. Wenn auch nicht oft, so war ähnliches schon einige Male passiert. Das GT berichtete im selben Artikel auch über schon einige Jahre zurückliegende Fälle, in denen das Sozialamt Göttingen Konten und Guthaben von SozialhilfeempfängerInnen gepfändet hatte, weil diese Sparbücher verschwiegen hatten. Dabei wurden wohl sehr viel mehr Gelder von der Stadt eingezogen, als evtl. Rückforderungen jemals hätten betragen können. Wobei in solchen Fällen ja erst geklärt werden muss, ob überhaupt Rückforderungen berechtigt sind.

Nun ist die Chose ausgestanden, dachten wir. Einen ganzen Tag lang. Dann erfolgte der nächste Bericht. Dieses Mal traf und betraf es einen Tagessatz-Mitarbeiter. Der Tagessatz ist eine Zeitung, die im Wesentlichen von Obdachlosen selbst gemacht und verkauft wird. Einen Teil der Verkaufserlöse behalten die VerkäuferInnen. Mindestens einem wurde dieses Geld auf seinen ALG II-Betrag angerechnet. Nun gibt es aber seit 2005 eine Absprache zwischen Stadt Göttingen und dem Tagessatz, dass genau dieses eben nicht erfolgen soll.

DER SOZIALAUSSCHUSS TAGT

Eine Sondersitzung des Sozialausschusses der Stadt Göttingen wurde eilig einberufen. In dieser äußert sich nun auch die Sozialdezernentin. Sie bestätigt, dass Betteleinkünfte, egal wie hoch, nicht mehr angerechnet werden in Göttingen. Das sei sogar mit dem Sozialministerium des Landes Niedersachsen erarbeitet worden. Auch die Anrechnung beim Tagessatz sei so nicht richtig. Die Absprache gelte weiterhin. Sie habe von alledem nichts gewusst (!). Konnte sich aber auch nicht verkneifen, zum Schluss das Vorgehen ihrer MitarbeiterInnen „formal und korrekt“ zu nennen. Wobei wir uns da nur am korrekt stören. Formal ist amtliches Vorgehen meist.

Fazit: hätte sich der Betroffene nicht an die Öffentlichkeit gewandt, wären ihm stillschweigend die nächsten Monate jeweils 120 Euro abgezogen worden. Egal, ob er gebettelt hätte oder nicht. Egal, ob er etwas eingenommen hätte und wie viel. Formal ja, korrekt keineswegs. Es wurde auch noch betont, dass der Sachbearbeiter ganz zufällig auf den Bettler aufmerksam wurde und ihn nicht ausspioniert hat, wie auch angenommen wurde. Mag sein, aber dass das Ausspionieren so weit hergeholt nicht ist, dazu gleich noch etwas.

WEITERE VERSCHLECHTERUNGEN

Aktuell sind dabei 3 Bereiche zu benennen:

- Änderungen bei Beantragung der Beratungskostenhilfe in Göttingen;
- Es ist ein Gutachten zu den Kosten der Unterkunft für den Landkreis und die Stadt Göttingen erstellt worden;
- Auf Bundesebene existiert eine Ausführungsverordnung der Agentur für Arbeit, die Bespitzelung von Leistungsbeziehenden durch Dritte (z. B. evtl. Privatdetektive oder Sicherheitsgesellschaften) ermöglicht.

Zu a): Wer sich gegen einen Bescheid, eine Sperre etc. vom Job-Center Göttingen wehrt und mit einem Widerspruch bereits gescheitert ist und nun klagen will, kann in der Regel Beratungskostenhilfe bekommen. Diese musste bisher bei den RechtspflegerInnen im Amtsgericht persönlich beantragt werden. Seit

dem 1.4.2009 nimmt diese Stelle die Anträge fast nur noch schriftlich entgegen und antwortet auch schriftlich. Wer Hilfe beim Ausfüllen des Antrages braucht, bekommt sie nur noch an zwei Tagen in der Woche (Dienstag und Donnerstag) innerhalb von zwei Morgenstunden (8:30 bis 10:30 Uhr). Die offizielle Begründung ist: personelle Umstrukturierungen. Uns erscheint das eher wieder eine dieser vielen kleinen Erschwerungs- und Behinderungstaktiken zu sein, mit denen erreicht werden soll, dass den Klagewilligen das alles zu umständlich wird und sie es sein lassen. In die gleiche Richtung führen Planungen, wie z. B. statt der 10 Euro, die jede/r derzeit trotz bewilligter Beratungskostenhilfe an Anwalt/Anwältin zahlen muss, diese auf 20 oder gar 50 Euro zu erhöhen. Gesetzentwürfe dieser Art sind nach der Bundestagswahl durchaus möglich.

GRÖßERE WOHUNG, WENIGER GELD

Zu b): Seit Jahren sind in Landkreis und Stadt Göttingen die Summen, welche die angemessenen Kosten der Unterkunft ausmachen, umstritten. Derzeit wird für eine Person ein Betrag von 325 Euro (Kaltmiete und Nebenkosten) plus Heizkosten angesetzt. Das ist zwar der Betrag der ganz rechten Spalte aus der Wohngeldtabelle (für den neuesten Wohnraum gibt es auch bei Wohngeldzahlung das meiste Geld dazu), aber nach Aussagen der Verwaltungen ist das ein Zufall. Da auch bei mehreren Personen durchgängig nach den Zahlen der Wohngeldtabelle verfahren wird, ist das

Ausbildung

Altenpflege, Altenpflegehilfe, Gastronomie, Handwerk, Hauswirtschaft

Fort- und Weiterbildung

Pflege, Gastronomie, Einzelhandel, EDV, Handwerk, Industrie

Bildungsurlaub

Burgenland - Naturpark zwischen Neusiedler See und der ungarischen Grenze
20.09. - 25.09.09 in Lackenbach/Österreich

Natur und Kultur in der Mitte Deutschlands - Naturpark Hainich
18.10. - 23.10.09 in Kammerforst

Nationalpark Harz: ein Schutzgebiet, 23 Luchse, tausende Besucher - Konflikt und Chance für den Tourismus
21.09. - 25.06.09 in St. Andreasberg

0551 49507-0



ARBEIT UND LEBEN, Lange Geismarstraße 72-73,
37073 Göttingen www.aul-projekte.de

nicht glaubhaft. Entstanden ist dieses Vorgehen deshalb, weil das SGB II selbst keine Regelungen hinsichtlich der Summen enthält. Das legt nur fest, wie viele Quadratmeter angemessen sind. Für eine Person 45-50 qm usw. Deshalb orientieren sich viele Kommunen nach den Wohngeldtabellen. Haben sie eigene Mietspiegel etc., nehmen sie diese. Hat Göttingen nicht.

Nun gab es 2006 schon ein Gutachten, dass das heutige Verfahren nahelegte. Wobei eigentlich noch 10 Prozent drauf gepackt werden sollten. Das wurde aber nie umgesetzt. Und die Verwaltung des Landkreises ließ nicht locker. Sie setzte durch, ein neues Gutachten zu erstellen. Letztes Jahr bekamen dann viele MieterInnen und VermieterInnen Post von dem Institut F&B (Forschung und Beratung) aus Hamburg, um eine Erhebung durchzuführen. Viele MieterInnen antworteten nicht, auch nicht alle VermieterInnen. Dennoch meinen die Gutachter, ein repräsentatives Gutachten erstellen zu können. Sie kommen zu dem Schluss, dass bei den Einzelhaushalten tatsächlich knapp 10 Prozent mehr gezahlt werden sollten. Aber: bei allen größeren Bedarfsgemeinschaften soll es zu Kürzungen kommen! Im letzten Sozialausschuss des Landkreises beantragte die Verwaltung dann, so schnell wie möglich nach diesen Ergebnissen handeln zu dürfen. Das wurde allerdings durch Antrag von Grünen und CDU, dem sich die SPD anschloss, aufgeschoben. Es soll zunächst genau ermittelt werden, wie viele leer stehende Wohnungen in Stadt und Kreis existieren und wo genau. Außerdem werden diverse mathematische Formeln angezweifelt. Somit ist erst einmal Zeit gewonnen, aber Ungemach droht auf dieser Ebene weiterhin.

Ein Bonmot am Rande, das von der SPD aufgedeckt wurde: der hauptsächliche Gutachter von F&B ist genau dieselbe Person wie der Gutachter der damaligen Gesellschaft GEWOS, die das erste Gut-

achten erstellte. So ein Zufall.

Ein Antrag der Partei DieLinke, bis zur Klärung wenigstens die Zahlen der neuen Wohngeldtabelle (die wurden zum 1.1.2009 deutlich erhöht) als angemessene Summen zu nehmen, wurde abgelehnt. Wir erinnern uns, die Verwaltungen legen doch gar nicht diese Tabelle zugrunde. Es sind ja nur zufällig dieselben Zahlen.

ARBEITSBESCHAFFUNG FÜR PRIVATDETEKTIVINNEN

Zu c): Im SGB II ist vieles nicht geregelt, siehe obiges Beispiel der angemessenen Summen bei den Kosten der Unterkunft. Vieles, was später nachgeregelt werden musste, wird dann in Ausführungsverordnungen der Agentur für Arbeit festgeschrieben. In Göttingen auf den ersten Blick etwas verwirrend, weil hier ja die Agentur mit dem Job-Center und dem ALG II gar nichts zu tun hat. Das ist aber bundesweit eben nicht die Regel. Solche Optionskommunen wie Göttingen, in denen die kommunalen Verwaltungen als Feldversuch bis 2013 alles alleine machen, gibt es nur 69. In der großen Mehrheit der Orte sind gemeinsame Behörden von den Arbeitsagenturen und den kommunalen Verwaltungen eingerichtet worden, die dann ARGE (Arbeitsgemeinschaft) heißen oder ähnliche hübsche Fantasienamen haben, wie z. B. die Sozialagentur in Northeim usw.

Bundesweit hat man sich geeinigt, die Ausführungsverordnungen der Agentur für Arbeit auch in diesen Optionskommunen anzuwenden. Am 20.5.2009 wurde nun eine solche AVO (Ausführungsverordnung) erlassen, die sich um die Einrichtung von Außendiensten bei mög-

lichst jeder Kommune befasst. Diese sollen dann Hausbesuche durchführen etc. Das ist nicht so ganz neu. Allerdings gab und gibt es in den genauen Abläufen und Berechtigungen, wann und wie solche Hausbesuche rechtens sind, auch noch eine Menge unterschiedlicher Sichtweisen z. B. zwischen den Landesbeauftragten und dem Bundesbeauftragten für Datenschutz und dem Sozialministerium als oberster Dienstherr der Agentur für Arbeit. Der richtig dicke Klops in dieser AVO aber war, dass das Beschatten und

Das müssen Sie mal so sehen:
Wer sich durch unser Amt gekämpft hat, wird keine Schwierigkeit haben, sich durch's Leben zu kämpfen



Bespitzeln von Leistungsbeziehenden, bei denen ein dringender Tatverdacht des Leistungsbetruges o.ä. besteht, durch Dritte ausführen sei.

Schlimm genug waren ja schon solche Fernsehserien wie in SAT1, wo zwei Offenbacher Schnüffler entweder gönnerhaft eigentlich selbstverständliche Kosten übernahmen oder eben die bösen Betrüger enttarnten und dabei immer wieder mal betonten: „selbstverständlich kamen wir unangemeldet.“ Das ist und war keineswegs selbstverständlich, sondern schlicht rechtswidrig. Sie müssen sich anmelden. Nein, jetzt sollte auch noch Josef Matula (aus der Freitagskrimiserie „Ein Fall für Zwei“) oder andere Privatdetektive, Wach- und Schließgesellschaften, Securityfirmen oder wer auch immer das Bespitzeln besorgen.

Das führte auch in diesem Fall allerdings zu massivem Protest von vielen Seiten und bereits am 4. Juni gaben das Sozialministerium des Bundes und die Bundesagentur für Arbeit bekannt, dass diese Regelung wieder rauskommt aus der AVO. Noch ein Beispiel, welches zeigt, dass in einem bestimmten Umfang der Protest und das Öffentlichmachen solcher Vorgänge sich weiterhin lohnt. Interessant übrigens auch, dass die Behauptung, diese geplanten Schnüffelaktionen erfolgten mit der Absegnung des Bundesdatenschützers diesem nicht bekannt war und den Landesdatenschutzbeauftragten auch nicht. Das Erwerbslosenforum als ein bundesweiter Zusammenschluss bewegter und aktiver Erwerbsloser hat nun seinerseits gerichtliche Schritte gegen die Agentur für Arbeit angekündigt..

info@roter-buchladen.de
www.roter-buchladen.de
Fon: 0551/42128
Fax: 0551/541818



Wir verkaufen Bücher * Wir bestellen Bücher * im Laden, telefonisch, per email ... * Wir stellen Büchertische zusammen * Bei uns gibt's Bücher der Büchergilde Gutenberg * Bei uns gibt's Krimis .. * .. aber auch das Kapital von Marx * und viele Zeitungen * und Bücher

Karstadt:

Kampf um den Arbeitsplatz

oder doch nur um Gewinne der Eigentümer?

In den letzten Wochen stehen ja die Firmen geradezu Schlange, um schnell noch unter den staatlichen Rettungsschirm zu schlüpfen, der angesichts der Finanzkrise von der Bundesregierung aufgespannt worden ist. Ganz einfach ist das aber nicht, denn der Marktgraf zu Gutenberg klappt den Schirm immer wieder zu, damit Merkel und Steinmeier ihn dann pressewirksam wieder aufspannen können.

CHEFSACHE IM WAHLKAMPF

Nachdem Opel mit großem Tamtam zur Chefsache erklärt worden war, wurde auch die drohende Pleite des Karstadt/Quelle-Konzerns Arcandor öffentlich heftig debattiert. Mehrfach gingen die KollegInnen bei Karstadt auf die Straße, um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu streiten. Völlig zu recht waren sie der Meinung, dass was für 20.000 Opelaner recht ist, für 43.000 Karstädtler billig ist.

Leider sind die Rettungsversuche aber eher teuer: Karstadt brauchte bis zum 12. Juni unbedingt 650 Mio. Euro, um die nächsten Wochen zu überleben. Ohne eine staatliche Bürgschaft wollte keine Bank die Kredite verlängern. Wie sich dann aber herausstellte: mit staatlicher Bürgschaft auch nicht! Die Kreditgeber – Bayern LB, Commerzbank und Royal Bank of Scotland – sind selbst schwer angeschlagen und scheuten das Risiko selbst unter einer Staatsgarantie. Und die Bundesregierung hat die Bereitstellung eines Notkredites von 437 Mio. Euro ebenfalls abgelehnt. Zu groß war das Risiko, dass die Eigentümer die Verluste einseitig beim Staat abladen.

Es fällt im Moment schwer zu sagen, ob die Öffentlichkeit zum jetzigen Zeitpunkt wirklich alle wichtigen Informationen über die Entscheidungsfindung hat. Auf jeden Fall waren die Eigentümer nicht bereit, weiteres Geld nachzuschieben und haben am 9. Juni Insolvenz beantragt. Damit sind die schlimmsten Befürchtungen der Karstadt-KollegInnen erst einmal Wirklichkeit geworden. Noch am Montag, den 8. Juni, hatten sie auch in Göttingen für einen Erhalt der Karstadthäuser demonstriert. Von den 350 Göttinger KollegInnen haben 150 eine Menschenkette um das Kaufhaus gebildet, um symbolisch ihre Arbeitsplätze zu schützen. Außerdem waren die Rolläden herunter gelassen, um den Passanten zu zeigen, wie eine Innenstadt ohne Karstadt aus-

sehen würde. Im GT und vielen anderen Zeitungen war von der Erschütterung der KollegInnen zu lesen, die z.T. schon seit Jahrzehnten bei Karstadt arbeiten.

GEORDNETE ARBEITSPLÄTZE BEDROHT

Ein Aspekt dieser Pleite: obwohl die KollegInnen in den letzten Jahren bereits auf Einkommensbestandteile verzichten mussten, waren die Arbeitsbedingungen bei Karstadt doch – verglichen mit dem Einzelhandel insgesamt – einigermaßen geordnet. Wer immer die Karstadt-Kaufhäuser übernehmen sollte (der Metro-Konzern, zu dem Kaufhof gehört, ist im Gespräch), wird versuchen, die Arbeitsbedingungen und die Gehälter zu drücken. Und wenn jetzt die Abwicklung des Konzerns betrieben wird, sitzt der Betriebsrat bei den Verhandlungen – wenn überhaupt – nur am Katzentisch.

VERKÄUFERINNEN SIND KEINE INDUSTRIEARBEITER

Ein anderer Aspekt: Karstadt ist ein Handels- und Dienstleistungsunternehmen und zwei Drittel der KollegInnen sind weiblich, viele von ihnen haben Teilzeittellen. Damit passen sie nicht in das Schema „männlicher Industriefacharbeiter“, das noch immer das Leitbild der deutschen Wirtschaftspolitik darstellt – auch über dreißig Jahre nachdem Soziologen den Begriff von der Dienstleistungsgesellschaft geprägt haben, in der wir jetzt leben. Was auch immer man für Kritik an Karstadt anbringt: ein Markt mit Überkapazitäten, Managementfehler, Zukunft verschlafen, ... – es trifft für Opel mindestens genau so zu. Die Verweigerung von Staatshilfe mag viele Gründe haben – sie ist auch ein Beleg dafür, dass 43.000 überwiegend weibliche Arbeitskräfte nicht so viel zählen wie 20.000 überwiegend männliche – Bundeskanzlerin hin oder her.

ABZOCKE

Im GT wurde von der Karstadt-Kundin berichtet, die angesichts der erschütterten Verkäuferinnen meinte, sie würde ja 50.000 Euro spenden, wenn sie denn sicher wäre, dass das Geld auch dem Göttinger Karstadthaus zu Gute käme. Das allerdings ist äußerst fraglich. Denn schon vor Jahren hat das große Schlachten von Karstadt und Quelle begonnen. Eine Schlüsselrolle dabei kommt den Immobilien zu, die zum Konzern gehören. Schon in früheren Zeiten war es lang geübte Praxis bei Karstadt, die Kaufhaus-

Immobilien zu verkaufen, wenn Geld gebraucht wurde. Der Trick dabei: viele der Grundstücke und Häuser waren seit Jahrzehnten im Besitz von Karstadt und standen mit dem ehemaligen Anschaffungswert in den Bilanzen. Also wurde jeweils eine Tochtergesellschaft gegründet, die hat einen Kredit aufgenommen und damit die Immobilie zum Marktwert gekauft und wieder an Karstadt vermietet. Auf diese Weise kamen die Grundstücke und Häuser zum aktuellen Marktwert, der in der Regel das Zehnfache oder mehr betrug, wieder in die Bücher des Konzerns. Dies hat über lange Zeit die Schiefelage des Kaufhauskonzerns verschleierte. Diese Tricks sind nach dem Platzen der Immobilienblase nicht mehr so lukrativ, der Marktwert ist drastisch gesunken.

Spätestens seitdem Thomas Middelhoff die Konzernführung übernahm, änderte sich das Spiel: die Immobilien wurden vollständig aus dem Konzern herausgelöst und an Immobilienfonds verhökert. Von diesen mussten die Immobilien dann sehr teuer zurückgemietet werden. Allein die fünf teuersten Häuser wurden für zusammen 42 Mio. Euro im Jahr angemietet – da kann 'ne alte Oma lange für stricken! Der Witz dabei: zusammen mit seiner Frau hielt Middelhoff Beteiligungen an den besagten Immobilienfonds. Das alles beruhte auf einem Geschäft auf Gegenseitigkeit, aus dem die Immobilienfonds dem Karstadtkonzern über 110 Mio. Euro schuldeten. Die mussten allerdings nicht gezahlt werden, weil der Vorstandsvorsitzende Middelhoff großzügig darauf verzichtete.

DER STAATSANWALT ÜBERNIMMT

Das Ganze stinkt inzwischen so, dass sich die Staatsanwaltschaft in Bewegung gesetzt hat, aber wenn Herr Middelhoff und die Bank Sal. Oppenheim, die ebenfalls in diesen Deal involviert war, sich weiterhin so ausgeschlafen zeigen, dann wird aus den Ermittlungen nicht viel werden. Es ist jedenfalls ein gutes Beispiel dafür, wie man Gewinne abzocken und dann die Verluste sozialisieren kann. Denn selbst wenn der Staat nicht in die Bresche springt, sind es nicht Middelhoff, Sal. Oppenheim und Frau Schickedanz, die hinterher bei der Agentur für Arbeit anstehen müssen. Auch wenn Frau Schickedanz (die Quelle-Erbin) einen großen Teil ihres Vermögens verloren hat, so beträgt es immerhin noch weit mehr als 100 Mio. Euro.

Ausgründungen und Proteste

In den vergangenen Ausgaben berichtete der GBE bereits über den Kampf der Beschäftigten der Universitätsmedizin Göttingen (UMG) gegen die Ausgründung von immer mehr Teilbereichen. So sollte zum 1.1. dieses Jahres die gesamte Gastronomie ausgegründet und per Betriebsübergang an eine 100%ige Tochtergesellschaft übertragen werden. Geplante jährliche Ersparnis durch Lohnabsenkung der betroffenen Beschäftigten: 3 Millionen Euro. In der Tat wurde dann auch wie vorgesehen die Gastro-GmbH gegründet – allerdings ohne, wie geplant, die Gastrobeschäftigten in diese GmbH zu überführen: durch ihre anhaltenden und öffentlichkeitswirksamen Proteste konnten dies die KollegInnen bisher verhindern.

Neben den renitenten Beschäftigten bereiten dem Klinikvorstand aber wohl auch rein wirtschaftliche Überlegungen Kopfzerbrechen. So war dem Vorstand bei seinen Planungen entgangen, dass Großküchen einem gesonderten Tarifvertrag unterliegen, wodurch der „günstige“ Frittenbuden-Tarifvertrag nicht zur Anwendung kommen würde, den man sich für die Entlohnung der GmbH-Beschäftigten ausgeguckt hatte. Bereits dadurch reduziert sich die geplante Kostenersparnis erheblich. Zudem wären bei Überführung der Beschäftigten in die

GmbH deren bislang in der betrieblichen Rentenversicherung erworbene Anwartschaften zur Zahlung an den Versicherungsträger, die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), fällig geworden – ein zweistelliger Millionenbetrag, wie ein Experte schmunzelnd schätzte. Viel Holz, auch wenn zunächst nur Abschlagszahlungen darauf zu leisten wären.

Wie die Auseinandersetzung in diesem Bereich letztlich ausgeht, ist also noch offen, zu gewinnen ist sie aber nur, wenn die Beschäftigten sich weiter gegen die Zersplitterung wehren.

SCHWARZE ZAHLEN DANK LOHNKLAU

Trotz dieser Vorstandsplanungen mit Schildbürgerstreichqualität steht das Klinikum nach zwei Jahren Weltuntergangsstimmung finanziell nun wieder gut da. Nicht nur, dass - der Wirtschaftskrise sei Dank - die Uniklinik aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung 12 Millionen Euro für dringend notwendige Investitionen erhält; auch das Anfang 2008 noch vorhandene Defizit von 19 Millionen, dessen Abbau bis 2010 geplant war, sei, wie der Vorstand unlängst verkündete, bereits in diesem Jahr auf Null geschrumpft. Zu verdanken ist dies aber weniger der fraglichen Kompetenz des Vorstandes, sondern den Beschäf-

tigten, auf deren Rücken dieses Ergebnis erwirtschaftet wurde – fünfzehn Prozent Stellenabbau bei deutlich gesteigertem Patientenumsatz.

Wer aber gehofft hatte, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation werde auch eine Verbesserung des Betriebsklimas nach sich ziehen, sieht sich getäuscht: so versuchte im Frühjahr der Klinik-Personalchef, Herr Mosbach, den Beschäftigten unter Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen die Teilnahme an Warnstreiks zu untersagen. Da man aber Herrn Mosbach als ehemals langjährigem ver.di-Personalrats-Vorsitzenden einen gewissen Einblick in die Rechtslage unterstellen darf, fällt es schwer, dem Erklärungsversuch des Vorstandes, es habe sich um ein „Versehen“ gehandelt, Glauben zu schenken.

AUSGRÜNDUNGSROULETTE DREHT SICH WEITER

Der Beschluss zur Gründung einer Service-Gesellschaft (für die Pflege u.a) ist schon Jahre alt und bisher nur ausgesetzt. Statt dessen ist dort ein schlechter Prozess der Schlechterstellung zu beobachten, indem freiwerdende Krankenpflege-Stellen gerne mal mit schlechter bezahlten (und schlechter qualifizierten) sogenannten Pflege-AssistentInnen besetzt werden.

Neben der 100%igen Tochtergesell-

Impressum:

Herausgeber:

Göttinger Betriebsexpress e.V.
c/o Buchladen Rote Strasse
Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen

Bezugspreis für AbonnentInnen:

35,- Euro/Jahr
oder jeder höhere Betrag.
Einzuzahlen bei der
Sparkasse Göttingen, BLZ 26050001
GBE Konto 11060787

V.i.s.d.P.:

H. Niemann, Göttinger Betriebsexpress e.V.
c/o Buchladen Rote Strasse
Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen

eMail: betriebs-express@web.de

<http://www.betriebsexpress.de>

Ich abonniere den Göttinger Betriebsexpress:

.....
(Vor- und Zuname)

.....
(Straße)

.....
(PLZ / Wohnort)

Mein Förderbeitrag beträgt jährlich:

35,-/50,-/100,-oder.....Euro.

Bitte den entsprechenden Betrag eintragen oder unterstreichen.

.....
(Ort, Datum, Unterschrift)

Ich erteile dem Göttinger Betriebsexpress für den vierteljährlichen Bankeinzug eine Einzugsermächtigung:

Konto:.....

Kreditinstitut:

Bankleitzahl:.....

.....
(Ort, Datum, Unterschrift für die Einzugsermächtigung)

Bitte ausschneiden und an den Göttinger Betriebsexpress,
c/o Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
senden.

schaft für die Gastronomie gibt es für den Bereich Reinigung schon länger eine zweite „Tochter“, die mit der Reinigungsfirma Dorfner betrieben wird.

Der Hauswirtschaftliche Dienst (HWD) sieht sich einer weiteren Ausgründungsvariante ausgesetzt. Seit der Gründung einer 100%igen GmbH-Tochtergesellschaft in 2006 werden hier alle freierwerbenden Stellen ausschließlich mit Beschäftigten aus dieser GmbH ersetzt.

WAS TUT DER PERSONALRAT?

Ganz sicher kontraproduktiv ist die uneindeutige Haltung des Klinik-Personalrats in dieser Auseinandersetzung. Dieser übt sich angesichts der aktiv kämpfenden KollegInnen nämlich in vornehmer Zurückhaltung. Auch mehr als ein Jahr nach den Wahlen, in deren Folge ver.di den Vorsitz verlor, schafft er es unter der Vorsitzenden Frau Hille nicht, PR-Arbeit im Sinne der WählerInnen zu leisten. Stattdessen unterstützte sie in diesem Frühjahr die Konstituierung einer Betriebsgruppe der Gesundheitsgewerkschaft Niedersachsen (GeNi), die dem Deutschen Beamten Bund nahe steht. Insgesamt 5 PR-Mitglieder, die vorher in ver.di waren, sind zur GeNi gewechselt. Außer zu verkünden, dass Streiks gegen Ausgründungen keinen Sinn machen, ist allerdings diese Splittergewerkschaft bislang nicht weiter aufgefallen. Wieso der Widerstand der Beschäftigten unsinnig sein soll, erschließt sich uns absolut nicht. Und die kämpfenden KollegInnen sind ziemlich sauer darüber, dass der PR sie in ihrem Protest nicht unterstützt.

Umso erfreulicher ist es, dass an der Basis der Widerstand gegen Lohnabsenkungen bis zu 35% wächst, denn eine so drastische Schlechterstellung wollen die KollegInnen, die bei unterschiedlicher Bezahlung gemeinsam in einem Team arbeiten, nicht als Normalzustand akzeptieren.

WIDERSTAND LOHNT SICH!

Auch in anderen Unikliniken laufen massive Auseinandersetzungen um Ausgründungen, die Hauswirtschaftlichen Dienste sind in den meisten Unikliniken schon

verloren gegangen. In der Charité in Berlin bekommen die Reinigungskräfte teilweise nicht mal fünf Euro die Stunde. In Berlin wurde jetzt nach langer Auseinandersetzung der Kampf um die Ausgründung der Physiotherapie verloren. Es gibt aber auch positive Beispiele: In der Uniklinik Aachen wurde nach massivem Widerstand die schon beschlossene Ausgründung der Labore vom Aufsichtsgremium gestoppt. Unter anderem waren dort über 5000 Unterschriften gesammelt worden.

Eines wird deutlich: Es kann jeden Bereich angehen, niemand kann sich sicher fühlen. Auch wenn nicht täglich die tatsächliche Ausgründung neuer Bereiche ansteht, so sind auch in Göttingen die Warnungen von ver.di und die intensive Unterstützung des Widerstandes der Belegschaft keinesfalls übertrieben, wie dies der Klinik-Vorstand gerne behauptet!

Vielmehr hoffen wir sogar, dass es ver.di langfristig gelingt, die Betriebsarbeit weiter zu intensivieren und noch mehr Beschäftigte zum gemeinsamen Widerstand gegen die anhaltende Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zu ermutigen. Denn eine Schwierigkeit konnte bisher noch nicht wirklich aufgeknackt werden: es fehlen beim öffentlichen Protest zumeist genau die KollegInnen, die bereits zu schlechten GmbH-Bedingungen angestellt sind. Viele von ihnen haben Angst um ihren Job und scheuen daher davor zurück, sich in Arbeitskämpfen zu „outen“. Verwunderlich ist das zwar nicht, da solche „deregulierten“ Arbeitsverhältnisse aus-

drücklich auch auf Einschüchterung der Beschäftigten zielen. Um so hartnäckiger muss aber die Spaltung von Belegschaften bekämpft werden. Die derzeitige aktive Unterstützung der KollegInnen durch ver.di ist ein gutes Signal, langfristig braucht es aber weitere Konzepte, die es wirklich allen Beschäftigten ermöglichen, wirksam zusammen zu stehen und für ihre Interessen an einem Strang zu ziehen. Das ist nicht nur für die KollegInnen, sondern auch für Gewerkschaften immer noch ungewohntes Gelände: Wir wünschen ver.di die Fantasie und den Mut für Experimente und neue Wege!

Ausgründung, Privatisierung, was ist damit konkret gemein?

Die Antwort ist relativ einfach: Verkauf war gestern – heute werden Tochterfirmen gegründet. Vor einigen Jahren schwärmten die Betriebswirte und Manager vom Verkauf von möglichst vielen Teilbereichen der eigenen Firma. „Konzentration auf das Kerngeschäft“, „lean production“ waren die Schlagworte, die in den entsprechenden Blättchen rauf und runter zu lesen waren. Nachdem dies auch fleißig umgesetzt worden war, war die Ernüchterung in den Manageretagen groß:

Umsatzsteuer wurde fällig, nach anfänglichen Lockangeboten stiegen die Kosten für die eingekauften Leistungen. Aber die eigene Abteilung war weg, man hatte sich abhängig von Drittanbietern gemacht. Es gab keine eigene Kontrolle mehr auf die Qualität der nun fremd erbrachten Leistungen; wenn man bessere Qualität wollte, waren mühsame Nachverhandlungen nötig. Ein großer Versicherungskonzern war so weit gegangen, die eigene Rechenabteilung als angeblich nicht zum Kerngeschäft gehörig zu verkaufen – und setzte damit Millionen in den Sand.

Leider sind Kapitalisten lernfähig: Heute wird nicht mehr an Dritte verkauft, sondern es werden eigene „Tochterfirmen“ gegründet, entweder allein oder mit einer Minderheitsbeteiligung eines Partners. Die Vorgesetzten arbeiten also im Mutterbetrieb und in der „Tochter“, der Betrieb hat weiterhin direkten Zugriff auf die Art und Weise der Leistungserbringung und Umsatzsteuer fällt auch nicht an. Aber man ist aus der Tarifbindung raus und kann drastischen Lohnraub realisieren. Vor diesem Hintergrund ist auch die Aussage des Vorstandes der UMG zu bewerten, man betreibe die Ausgründung der Gastronomie nur, um den völligen Verkauf an einen Dritten zu verhindern. Völliger Quatsch – denn das würde für die UMG eher ziemlich schnell ziemlich viel teurer.

Aktions-Infos ⇒ www.respekt-klinikum.de

DGB Südniedersachsen/Harz:

Göttingen ohne DGB-Haus!?

Den Sitz des Göttinger DGB/Region Südniedersachsen-Harz wird es am vertrauten Standort Platz der Synagoge bald nicht mehr geben. Der DGB sucht derzeit eine neue Bleibe, angestrebt ist ein Umzug noch im Laufe dieses Jahres. Das im Besitz der DGB-Immobilien-gesellschaft VTG befindliche Gewerkschaftshaus wird anschließend verkauft. Ein neues Gewerkschaftshaus wird nach Informationen der GBE-Redaktion derzeit nicht angestrebt. Die bisher in Au-

genschein genommenen „Objekte“ sind lediglich Büro-Etagen in der Innenstadt.

Schon seit vielen langen Jahren gerät das Gewerkschaftshaus in einen zunehmend maroden Zustand. Die Liste der dringend nötigen Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten wurde immer länger. Schlechte Wärmedämmung oder fehlender behindertengerechter Zugang sind nur 2 Beispiele von vielen. Doch die VTG war nie bereit, in Renovierung, Sanierung und Modernisierung des DGB-ei-

genen Hauses zu investieren und damit auch die dringend notwendige Werterhaltung zu betreiben.

Vor einem Jahr wurde dann das gesamte Erdgeschoss frei, weil die IG-Metall aufgrund der Bezirks-Fusion ihren Sitz nach Northeim verlegte und seitdem nur noch stundenweise mit Sprechzeiten in Göttingen vertreten ist. Der DGB sowie die verbliebenen Mitmieter IG BAU, transnet und GEW wollten in das freigewordene Erdgeschoss ziehen. Dazu waren aber

umfangreiche Umbauarbeiten nötig, und ohnehin drängte der altbekannte Sanierungsbedarf. Doch der „Vermieter“ VTG war wieder nicht bereit, Geld in das Gebäude zu stecken, weder für Umbau noch für Sanierung. Als letzte Maßnahme drohten daraufhin der DGB und die Mitmieter, den Mietvertrag zu kündigen, wenn die VTG nicht in das Haus investiere. Doch diese Rechnung ging nicht auf: die VTG verwies auf unverhältnismäßig hohen Sanierungsbedarf und akzeptierte die Kündigung, weil der Verkauf des Hauses unterm Strich billiger sei. Damit ist das Ende des Gewerkschaftshauses am Platz der Synagoge besiegelt.

FALSCHES „IMMOBILIENPOLITIK“

Göttingen ist kein Einzelfall. Vielmehr scheint es ein bundesweiter Trend der VTG zu sein, eigene Häuser eher zu verkaufen als in ihren Erhalt zu investieren. An die 50% der Häuser sollen potentiell betroffen sein, was die VTG selbst aber bestreitet. Denn angeblich „trenne man sich nur von Immobilien, wenn für diese keine interne Nutzung mehr gesehen wird oder diese leer stehend sind. Auf wie viele Objekte das zutrefte, ließe sich schwer sagen“ (aus: Frankfurter Rundschau 19.8.08).

Hintergrund ist der Auftrag des DGB-Bundesvorstandes, dass die VTG ihre Häuser kostendeckend zu betreiben habe (im Gegensatz zu früher), was ja an sich durchaus sinnvoll ist. Auch müssen sich einige Einzelgewerkschaften fragen lassen, warum sie teilweise aus den eigenen Häusern ausziehen wie desinteressierte BewohnerInnen aus Studentenwohnheimen.

Aber trotz alledem: es kann doch nicht sein, dass der DGB seine eigene Immobiliengesellschaft erst jahrzehntelang die eigenen Häuser runterwirtschaften lässt, dann Kostendeckung einfordert, und die VTG nun Stück für Stück die eigenen Häuser ersatzlos aufgibt, die sie zuvor selbst sehenden Auges hat verrotten las-

sen?

Statt dessen wäre doch angesichts dieser Tatsachen die Entwicklung einer nachhaltigen gewerkschaftlichen "Immobilienpolitik" zu fordern, die nicht schleichend eigenständige Gewerkschaftshäuser von der Bildfläche verschwinden lässt! Denn sowas hat ja auch mit gewerkschaftlichem Selbstverständnis und erwünschter autarker Außenwirkung zu tun.

DGB IN DER ARBEITSAGENTUR?

Wie sieht es in Göttingen mit diesem Selbstverständnis aus? Verstehen sich DGB und Einzelgewerkschaften als reine Verwaltungseinheiten? Dann ist es natürlich egal, ob die Büros künftig in einer x-beliebigen anonymen Büro-Etage sind. Oder verstehen sie sich trotz aller berechtigten Kritik an der deutschen Gewerkschaftslandschaft (zahnlos, zu arbeitgeberfreundlich usw.) als Aushängeschilder einer organisierten Gewerkschaftsbewegung, die ein politischer Faktor sein will, der im öffentlichen Raum deutlich wahrnehmbar ist?

Der bisherige Umgang mit der Standortfrage geht in Richtung Verwaltung. Deutlichster Ausdruck dieser Tendenzen: schon seit letztem Jahr wird als eine mögliche Option das Angebot der Arbeitsagentur gehandelt, freiwerdende Büroflächen an den DGB zu vermieten!! Mag ja sein, dass das Büro der IG BAU es praktisch findet, wenn künftig ihre Gewerkschaftsmitglieder direkt vom Gewerkschaftsbüro aus nur ein Stockwerk weiter den Antrag auf Schlechtwettergeld erledigen können. Und wie wir hören, finden auch FunktionärInnen von transnet und GEW, dass die zentrale und repräsentative Lage reizvoll sei. Das kann man jedoch nur so sehen, wenn es um reine Bürofunktionalität geht!!

Gewerkschaften aber, die zumindest noch einen letzten Hauch des Bewusstseins als Institution der lohnabhängig Beschäftigten haben, denen sollte sich spontan der Magen umdrehen bei der

Vorstellung, dass ihre Mitglieder künftig im gleichen Gebäude sowohl in Sachen Arbeitslosigkeit als auch in Sachen Gewerkschaft unterwegs sind. Absurd auch die Vorstellung, für den Besuch von z.B. einer DGB-Veranstaltung zum Sozialabbau in genau das Gebäude zu müssen, das die Einrichtung beherbergt, welche die Auswirkungen eben dieses Abbaus verwaltet.

Wer nun glaubt, das könne nur ein schlechter Witz sein, sei gewarnt: zwar haben sich inzwischen der ver.di-Ortsverein ebenso wie die ver.di-Jugend und einzelne Hauptamtliche gegen den Standort unter dem Dach der Arbeitsagentur ausgesprochen. Auch der „Hauptmieter“ DGB-Region favorisiert diese Variante zumindest nicht mehr. Aber vom Tisch ist diese Option noch nicht, zumal IG BAU, transnet und GEW dies durchaus nicht abwegig finden. Und die IG Metall zeigt sich bisher eher desinteressiert an der Frage, weil sie kaum noch in Göttingen präsent ist: nach ihr die Sintflut, oder was?

Ein gemeinsames Gewerkschaftshaus

Zwar wird sich auf die Schnelle innerhalb weniger Monate wohl kaum ein geeignetes Haus schnitzen lassen. Aber noch ist keine Entscheidung getroffen, noch gibt es die Möglichkeit, zumindest Wege zu öffnen. Daher sollten jetzt alle interessierten GewerkschafterInnen ihre Hauptamtlichen auffordern, an einer Perspektive zu arbeiten, die mittelfristig wieder einen gemeinsamen Standort von DGB und möglichst vielen Einzelgewerkschaften ermöglicht. Ein Standort, der für Autonomie und Unabhängigkeit von Gewerkschaften steht, der nicht nur in anonymer Büro-Etage Mitglieder verwaltet, sondern der Raum bietet für eine Vielzahl von Begegnungen und Kontroversen. Der attraktiv ist für große und kleine Veranstaltungen, von Gewerkschaften ebenso wie von anderen fortschrittlichen Gruppen, die gesellschaftspolitisch aktiv sind. Ein Gewerkschaftshaus eben.

Wirtschaftskrise:

Abschwung oder Ende einer Epoche?

So schnell ändern sich die Zeiten: Anfang der 1990er Jahre brach in Osteuropa der Staatssozialismus zusammen. In China hielten die Kommunisten zwar an der Staatsmacht fest, nutzten diese aber, um einen beschleunigten Übergang zur Herrschaft von Profit und Privateigentum durchzusetzen. Wenig später verabschiedeten sich Europas Sozialdemokraten, angeführt von Tony Blair, vom Sozialstaat. Nichts konnte die weltumspannenden Güter- und Kapitalströme mehr auf ihrem Weg zu zahlungsfähigen Kunden und profitablen Anlagefeldern auf-

halten. Und heute? Sinkende Umsätze allerorten. Obwohl die Gewerkschaften ihre verbliebenen Tarifverträge zu Ausverkaufspreisen feilbieten und Unternehmen damit die stets drückende Kostentlast erleichtern und obwohl immer mehr Beschäftigte ganz von den Gehaltslisten verschwinden, sinken die Gewinne. Börsenkurse steigen nicht mehr aus Vorfreude über künftige Gewinnsteigerungen, sondern als Folge gerade noch abgegriffener Staatsknete. Über die Angst, dem Finanzminister könne ob seiner gegenwärtigen Freigiebigkeit das Geld

ebenso ausgehen wie Banken, Handelshäusern und Industrieunternehmen, trösteten sich krisengeplagte Unternehmer und Regierungen gemeinschaftlich durch die Hoffnung auf einen baldigen Aufschwung hinweg. Die zur Begründung dieses Zweckoptimismus präsentierten Gründe lassen allerdings eher auf tiefsitzende und uneingestandene Zukunftsängste schließen: Ideenproduzenten und Meinungsmacher, die angesichts der Öffnung der Berliner Mauer im November 1989 vom Ende der Geschichte und dem darin einbegrienen Beginn ewigen

Marktfriedens schwärmten, wollen auf einmal aus der Geschichte, besonders jener der Jahre 1929 – 1939, gelernt haben. Im Zeichen höchster Not verleugnen sie ihre Vorliebe für freie Märkte und geben den Staatseingriff als notwendigen Retter der freien Gesellschaftsordnung aus. Dies, so heißt es in unzähligen Kommentaren und Besinnungsaufsätzen, haben die Liberalen in den 1930er Jahren nicht verstanden und damit totalitären Eingreifern in Berlin und Moskau das Feld überlassen. Im Gegensatz zum Oktober 1929 folgte dem September 2008 nicht nur internationale Konferenzhektik, sondern es wurde tatsächlich massiv Geld in die zusammenbrechenden Märkte gepumpt. Nun heißt es abwarten, bis niedrige Zinsen, Staatsbürgschaften und Konjunkturprogramme die Investitionsneigung privater Unternehmen und die Kaufkraft privater Konsumenten wiederbeleben.

KRISE VORBEI?

Gegenwärtige Prognosen des Endes der Krise sind ebenso unseriös wie die Verkündung dauerhaften Wachstums vor der Krise. Die Zukunftswerte von Aktienpreisen, Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosigkeit lassen sich gegenwärtig nicht voraussagen. Sie sind auch nicht entscheidend. Anders als es sich so mancher Wirtschaftsexperte vorstellt, lässt sich aus dem geschichtlichen Vergleich nämlich nicht errechnen, wie viel entgangene Umsätze und Gewinne in den 1930er Jahren hätten vermieden werden können, wenn Obama & Co schon damals am Wirtschaftsruder gestanden hätten. Stattdessen wirft ein Vergleich mit jenen Jahren die Frage nach gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Alternativen auf, die entscheidenden Einfluss auf Form und Inhalt zukünftiger Entwicklungen haben können.

Kein Zweifel, quantitativ bestehen erhebliche Unterschiede zwischen der Großen Depression und der gegenwärtigen Krise. Von der Verelendung 1930 sind die kapitalistischen Zentren gegenwärtig noch weit entfernt und in den Peripherieländern gehörte Massenelend schon lange vor der gegenwärtigen Krise zur Normalität. Wichtiger dürften aber qualitative Unterschiede sein. Damals gab es mobilisierungsfähige Projekte zur Krisenüberwindung, Kommunisten, Nazis und Liberale konkurrierten sogar darum, wer als Erstes den Weg aus der Krise finden würde. Dagegen scheint es heute fast unmöglich, über Alternativen auch nur nachzudenken, geschweige denn für diese zu mobilisieren. Dies liegt nicht zuletzt an den Erfahrungen mit den tatsächlich eingeschlagenen Auswegen aus der Krise der 1930er Jahre. Nachdem sich die Utopien an der Wirklichkeit blamiert haben, ist die Scheu vor neuen Hoffnungen groß.

WEGE AUS DER GROSSEN DEPRESSION

Zugegeben, vom Nationalsozialismus war eine dauerhafte Krisenlösung schon in den 1930ern nicht zu erwarten. Hinter der Volksgemeinschaftsutopie lugte von Anfang an die Kriegs- und Genoziddrohung gegen alles Undeutsche hervor. Über die berechnete Vermutung, dass dieses Wahnsinnsprojekt scheitern müsse, versuchten die Nazis mit besonders forschem Auftreten hinwegzutäuschen. Dem militärischen ging der ideologische Blitzkrieg voraus. Eilig gingen sie darüber hinweg, dass die arische Herrenrasse innerhalb des für sie vorgesehenen Lebensraums eine Minderheit darstellte und dass die zur Abwertung zu Unternehmern bestimmte Bevölkerungsmehrheit sich mit guten Erfolgchancen gegen diese Rassenpolitik wehren würde. Zum Erfolg dieser rassistischen Verblendungsoffensive hat, allerdings ungewollt, auch die Arbeiterbewegung beigetragen, deren klassenpolitischer Ansatz die Politik nach dem Ersten Weltkrieg zu dominieren begann, in der Weltwirtschaftskrise aber auf Grenzen stieß.

Der naive Glauben der Sozialdemokratie an die Weimarer Demokratie, die sich tagtäglich von SA-, Generals- und Junkerstiefeln treten ließ, war ebenso entwerfend wie kommunistische Lobpreisungen des Vaterlandes aller Werktätigen. Die Erfolgsmeldungen von sowjetischen Produktionsschlachten und 5-Jahr-Plänen beeindruckte in jener Zeit zwar die Bourgeoisie, deren Zugriff auf die lebendige Arbeitskraft in Folge von Depression und Massenarbeitslosigkeit geschwächt war, aber nur sehr wenige Arbeiter. Diese wussten oder ahnten mehrheitlich, dass ihr Elend im krisengeschüttelten aber dennoch industrialisierten Westen immer noch geringer war als jenes der im Osten mit der Industrialisierung erst entstehenden Arbeiterklasse. Von Weimar wie von Moskau enttäuscht und an der Unfähigkeit zur antifaschistischen Einheitsfront verzweifelnd, überließen viele Aktivisten der Arbeiterbewegung schließlich den NS-Krakeelern das Feld, die dem deutschen Arbeiter eine Heimat in der arischen Volksgemeinschaft versprochen.

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es da noch andere Möglichkeiten. Arbeitslosen Industriearbeitern, landlosen Bauern und bankrotten Kleingewerblern bot sich die Auswanderung ins gelobte Land Amerika an. Nach dem Zweiten Weltkrieg folgte Westdeutschland, seiner tatsächlichen und geplanten Agrarlebensräume im Osten verlustig gegangen, dem amerikanischen Industrialisierungsmodell. Man musste gar nicht mehr auswandern, weil Amerika in die alte Welt kam. Nur während der Großen Depression waren die USA alles andere als ein Vorbild. Standen die Arbeiter in Deutschland bei der Stempelstelle an, holten sich ihre ameri-

kanischen Klassengenossen ihre tägliche Armenspeisung ab. Als Mitte der 1930er Jahre Arbeitslose und Beschäftigte in den USA zu einer politischen Kraft wurden, hatte die Arbeiterbewegung in Deutschland bereits vor dem Faschismus kapituliert.

AMERIKA: DIE LETZTE DER GESCHEITERTEN UTOPIEN

Die im Amerika der Depression entstandenen Industriegewerkschaften, deren Zugehörigkeit nicht von Gesellenbriefen oder, zunächst zumindest, politischen Orientierungen abhingen, kamen schließlich im Tornister der US Army nach Westdeutschland. Nicht viel anders als Ostdeutschlands Fünf-Jahres-Pläne, denen die Rote Armee den Boden bereitet hatte. Der aus Krieg statt Arbeiterrevolution hervorgegangene Staatssozialismus landete 1990 zur kapitalistischen Abwicklung bei der Treuhandanstalt. Als ein Jahr später die Sowjetunion aufgelöst wurde, war der weltpolitische Sieg des US-geführten Kapitalismus perfekt. Eine krisenfreie New Economy ist aus den Ruinen des Staatssozialismus nicht entstanden. Mit Blick auf die aktuelle Krise ließe sich sogar die These aufstellen, dass die Ausweitung des Akkumulationsfeldes in vormals staatssozialistische abgeschlossene, im Westen immerhin noch sozialstaatlich regulierte Räume, eine schon lange fällige Krise zwar hinausgeschoben, aber schließlich doch nicht verhindert hat.

Das aus Großer Depression und Zweitem Weltkrieg hervorgegangene Kapitalismusmodell ist bereits in den 1970er Jahren an seine Prosperitätsgrenzen gestoßen. Seither stellen Überkapazitäten und spekulativ angetriebene Renditeforderungen ein beständiges Krisenpotenzial dar, das nur mit Mühe eingedämmt werden konnte. In den 1980er Jahren gelang dies durch die Zurückdrängung selbständiger Industrialisierungsansätze im Süden; in den 1990ern, wie bereits erwähnt, durch die Öffnung neuer Märkte im Osten. In beiden Fällen konnten ein paar neue Kunden gewonnen, der Zugang zu billigen Rohstoffen und Arbeitskräften gesichert und neue Produktionsanlagen installiert werden. Doch während die Börsenkurse ins Kraut schossen, blieben Produktions- und Beschäftigungswachstum zurück. Schlimmer noch: Die Investitionskonjunktoren im Süden und Osten führten zu weiteren Überkapazitäten.

Nach dem Ende des New Economy-Aufschwungs der 1990er Jahre konnten zwar Immobilien- und Rohstoffspekulation angeheizt werden. Der von steigenden Börsennotierungen angeblich ausgehende Vermögensseffekt, der die Ausgabenfreude von Unternehmen und mehr noch Verbrauchern anregen soll, blieb jedoch beschränkt. Zusammen mit dras-

tisch steigenden Kriegsausgaben führte er zum schwächsten Konjunkturaufschwung seit dem Ende der 1930er Jahre. Dafür erleben wir nun die tiefste Krise seit jener Zeit und es stellt sich die Frage, ob die Insolvenz von General Motors ebenso zum Symbol für das Ende einer Epoche wird wie die Öffnung der Berliner Mauer vor zwanzig Jahren. Im Osten bestand damals freilich die Hoffnung, mit der Übernahme kapitalistischer Produktionsverhältnisse sei der Beginn eines nachholenden Wirtschaftswunders verbunden. Vom Westen wurden solche Erwartungen aus wohlverstandener Geschäftsinteresse nach Kräften geschürt. Doch der Globalisierung kapitalistischer Märkte folgten bald eskalierende Kriege und nunmehr auch eine globale Krise. Anders als in den 1930er Jahren, als Stalin, Hitler und Roosevelt unterschiedliche Wege zur Krisenüberwindung wiesen und im Gegensatz zu den frühen 1990er Jahren, als Stalins Erben die Krise des Staatssozialismus durch Anschluss an den Westen zu lösen suchten, herrscht heute Ratlosigkeit.

DETROIT: VOM ARBEITERKAMPF ZUM GEWERKSCHAFTS-SOZIALISMUS

Nichts symbolisiert das Ende der Utopie Amerika so sehr wie Detroit und die dort beheimatete Automobilindustrie. Dort war in den 1920er Jahren ein Modell standardisierter Massenproduktion entstanden, das von den Sowjets in Magnitogorsk und von den Nazis in Wolfsburg und Salzgitter nachgeahmt wurde. In den 1930er Jahren erzwangen streikende Automobilarbeiter die Anerkennung ihres neuen Modells von Industriegewerkschaften, dass mit Abwandlungen und Zeitverzögerung in vielen anderen Ländern übernommen wurde. In den 1940er Jahren stammte ein erklecklicher Teil der Panzer, die zur Niederrückung der Nazis beitrugen, aus der Detroitener Industrieregion. In den 1950er Jahren sah die Stadt die Verdrängung proletarischer Quartiere durch manierliche Vorstädte, in denen sich der Arbeiter seinen Vorgesetzten gleichgestellt fühlen konnte. Mit der Vorstellung einer klassenlosen Konsumgesellschaft wurde die Motor City noch einmal zum Vorbild für Unternehmer, Gewerkschaftsführer und Politiker in anderen Ländern.

Eine Welle der Arbeitermilitanz, die weder auf Gewerkschaftsführungen warten noch sich von diesen etwas vorschreiben lassen wollte, ließ in den 1970er Jahren Ahnungen von Klassenkampf wach werden. Die damit eingeleitete Zeitenwende nahm freilich eine Richtung, die sich viele der damaligen Aktivisten nicht vorstellen konnten. Damals schienen die Zei-

chen der Zeit auf Sozialismus zu stehen. Unter dem Neoliberalismus, der in den 1990er Jahren klassenübergreifend als natürliche und bestenfalls moralisch anzuklagende Wirtschaftsordnung wahrgenommen wurde, konnte sich kaum jemand etwas vorstellen. Ebenso unvorstellbar war es, das die Big Three aus Detroit nicht mehr anderen als Vorbild dienen könnten, sondern selbst den Managementstrategien aus anderen Ländern folgen würden. Doch genau das geschah. Eingeklemmt zwischen der aufkommenden Konkurrenz aus Europa und Japan und renitenten Arbeitern an traditionellen Standorten, folgten General Motors & Co nunmehr dem Vorbild von Toyota und Honda. Gleich ihrer Konkurrenz aus Übersee ersetzten sie einen Teil der rebellischen Arbeitskraft durch Roboter und schufen neue Produktionsanlagen im weitestgehend gewerkschaftsfreien Süden der USA. Damit war die Macht der Industriegewerkschaften gebrochen, die Zeit des Zurückweichens war in Detroit angekommen. Dazu gehörten nicht

Motors ist eine Mehrheitsübernahme im Laufe des Insolvenzverfahrens vorgesehen.

Was für ein Unterschied zu den 1930er Jahren: Damals weigerten sich streikende Arbeiter, die Fabriken zu verlassen und stellten damit das Privateigentum an Produktionsmitteln praktisch in Frage. Weil die Big Three damals keine Ausweichmöglichkeiten hatten, aber trotzdem Autos bauen und verkaufen wollten, konnten sie zu Zugeständnissen an die Arbeiter gezwungen werden. Die Situation entspannte sich erst, als ein Teil dieser Arbeiter in Uniformen gesteckt und in den 2. Weltkrieg geschickt und disziplinierte Arbeit in der Fabrik zur vaterländischen Pflicht ernannt wurde.

Heute mag sich mancher arbeitslose Automobilarbeiter fragen, ob er einen Job als Soldat annehmen soll. Das moralische Band zwischen Armee und Fabrik ist dennoch zerrissen und zur Disziplinierung der Arbeiter auch nicht mehr nötig. Der Betrieb gehört ihnen ja jetzt. Nur können sie wenig damit anfangen. Das

liegt zum einen daran, dass die Gewerkschaft sich zur Anlage ihrer Krankenkassengelder im eigenen Betrieb hat überreden lassen, im Gegenzug aber nicht auf entsprechende Stimmrechte bestanden hat. Bei GM und Chrysler wurde die kapitalistische Demokratie – ein Dollar, eine Stimme – suspendiert. Die Unternehmen gehören zwar mehrheitlich der Gewerkschaft, Geschäftsentscheidungen können aber von den Minderheitenaktionären, den Banken und Regierungen gefällt werden. Diese Art des Nominaleigentums hat weniger mit der praktischen Aneignung



nur Lohnzugeständnisse, sondern schließlich auch die Übertragung der betrieblichen Krankenversicherung auf die Gewerkschaft. Dabei geht es, in einem Land, das keine gesetzliche Krankenversicherung kennt und bei einem Betrieb mit beträchtlichen Beschäftigtenzahlen, um große Summen.

Um der Kostenbelastung durch laufende Beitragszahlungen zu entgehen, entschieden sich die Detroitener Autobauer vor ein paar Jahren zur Schaffung eines Gesundheitsfonds, den sie einmalig mit Kapital ausstatteten und danach den Gewerkschaften übertrugen. Damit blieb es Letzteren überlassen, durch geschickte Finanzinvestitionen ausreichende Rendite zu erwirtschaften, um die Arztrechnungen ihrer Mitgliedschaft zu begleichen. Im Gegensatz zu Wall Street Bankern verspielten die Gewerkschaften aber nicht ihr ganzes Geld. Deshalb konnten sie jetzt unerwartet zu Kapitalgebern ihrer eigenen Chefs werden. Bei Chrysler wurden den United Auto Workers bereits 55% der Aktien übertragen, bei General

der Produktionsmittel gemeinsam, die streikende Arbeiter in den 1930er Jahren ansatzweise ausprobiert haben, als mit dem untergegangenen Staatssozialismus, in dem das Arbeitereigentum von einer abgehobenen Staats- und Parteibürokratie verwaltet wurde.

Doch selbst wenn die verbleibenden Automobilarbeiter praktisch von ihren Fabriken Besitz ergreifen würden, wäre doch unklar, was damit anzufangen sei. Dass es Überkapazitäten gibt und eine auf Verbrennungsmotoren beruhende Wirtschaft, ganz gleich in wessen Eigentum sie sich befindet, keine Zukunft hat, wissen auch Arbeiter, die in ihrer Verzweiflung alles tun, um ihren Arbeitsplatz zu behalten. Es mag schon sein, dass die Arbeiter in Detroit und anderswo eine Welt zu gewinnen haben, wie Marx und Engels hoffnungsfroh im Kommunistischen Manifest geschrieben haben. Nur wissen sie derzeit nicht, wie diese Welt aussehen könnte bzw. wofür sie denn eigentlich kämpfen könnten.